

## BDK-Bericht aus Rostock



Auf der zweitägigen Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Rostock vom 24.10. bis 25.10.2009 waren auch wieder vier Delegierte aus dem Rhein-Erft-Kreis anwesend. Unser Kreisverband wurde vor Ort von Klaus Groth, Elke Griemens, Ellen Winter und Uwe Zaar (v.l.n.r) vertreten. Es gab vier wichtige Themenkomplexe, die auf der BDK bearbeitet wurden. Große Überraschungen blieben auf einer insgesamt harmonischen Konferenz aus und die Partei demonstrierte eine große Geschlossenheit.

### 1. Grün macht Zukunft

In diesem mit großer Unterstützung beschlossenen Leitantrag des Bundesvorstandes geht es einerseits um eine Wahlanalyse und andererseits um die strategische Ausrichtung der Grünen nach der Bundestagswahl. Die Grünen konnten sowohl bei der Europawahl mit 12,2% als auch bei der Bundestagswahl mit 10,7% das beste jemals erreichte Wahlergebnis realisieren. Dennoch wurde der Ausgang der Bundestagswahl als bitter empfunden, da Schwarz-Gelb durch das katastrophale Abschneiden der Sozialdemokraten nicht verhindert werden konnte. Die Grünen werden - wie bisher - nicht mit populistischen Forderungen agieren, sondern weiterhin differenzierte Antworten für die schwierigen Aufgaben unsere Zeit geben. Die erarbeiteten Konzepte sind im Gegensatz zu den der anderen Parteien zukunftsfähig. Daher wird eigenständige grüne Oppositionsarbeit geleistet werden. Der Protest gegen die Schwarz-Gelbe Politik, z.B. in der Atomfrage, soll offensiv durch die Grünen auf die Straße getragen werden.

Bündnis '90/Die Grünen haben sich mit diesem Antrag gesellschaftspolitisch als Partei der linken Mitte positioniert, die das moderne Bürgertum erreichen möchte. Bürgertum sei laut Claudia Roth nicht zu verstehen als Bewahrer der alten Zustände sondern als aufgeklärte Bürgerschaft, die Verantwortung für die Umwelt, die nächsten Generationen und soziale Gerechtigkeit übernimmt sowie für den Erhalt der Bürgerrechte und die Herstellung von Gleichberechtigung steht.

Als einen Grund für den Ausgang der Wahlen wird auch die fehlende Machtoption in den letzten Wochen vor der Wahl benannt. Eine Jamaika-Koalition wird zwar in Zukunft nicht als ein Modell für die Bundesebene betrachtet, allerdings auch nicht definitiv ausgeschlossen. Insbesondere auf Länderebene sind die Landesverbände frei ihre Bündnisse zu gestalten.

### 2. Renaissance des Atomwiderstands

„Mit der Aufkündigung des Atomkonsenses durch Schwarz-Gelb wird der unter Rot-Grün befriedete gesellschaftliche Konflikt um die Atomkraft neu angefacht. Union und FDP formulieren in ihren Koalitionsverhandlungen eine Kampfansage an die Umweltbewegung, die Anti-Atom-Bewegung, die Erneuerbare Energien-Branche und somit an uns Grüne.“ Die Grünen werden diesen Kampf annehmen und gemeinsam mit den vielen Initiativen und kritischen Stimmen unserer Gesellschaft für eine Renaissance des Atomwiderstandes sorgen. Die Hauptforderungen - neben dem Erhalt des Ausstieges - sind die sofortige Abschaltung der Risiko-Reaktoren, wie etwa Krümmel, und ein Neustart bei der Endlagersuche statt sich aus politischen Gründen auf Gorleben festzulegen und für die nächste Katastrophe zu sorgen.

### **3. Klimaschutz braucht Klimagerechtigkeit**

Die Klimakonferenz von Kopenhagen muss zum Startschuss einer echten gemeinsamen internationalen Klimapolitik, eines globalen „Green New Deals“ werden. Es müssen dringend die Zielvorgaben der IPPC-Studie umgesetzt werden, um überhaupt noch die Minimalforderung, das heißt eine Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad zu erreichen. Dazu ist es nötig, dass sich die reichen Industriestaaten zu einer verbindlichen Unterstützung der Dritten Welt und der Schwellenstaaten durchringen. Dazu muss anerkannt werden, dass jedem Menschen weltweit die gleichen Emissionsrechte zustehen. Dies hat dann zur Folge, dass überdurchschnittliche Emissionen - durch die Industriestaaten - nur vorübergehend zulässig sind und zugleich dazu verpflichtet für einen Ausgleich für Geschädigte sowie für eine stärkere Treibhausgas-Verringerung zu sorgen.

Daher fordern die Grünen die Lasten gerecht zu verteilen, eine echte Reduktion der Treibhausgase statt Luftbuchungen durchzuführen, das wissenschaftliche Know-how zu teilen, zusätzliche Finanzinstrumente zum Schutz der Tropenwälder einzuführen usw.

Vor allem geben die Grünen zu bedenken:

„Die Verpflichtungen im Rahmen eines internationalen Abkommens dürfen nicht in erster Linie als Belastung verstanden werden. Nichtstun würde uns teurer zu stehen kommen.“

### **4. Für eine verantwortliche Afghanistanpolitik**

Die Grünen fordern für Afghanistan einen zivilen Aufbauplan und eine militärische Abzugsperspektive, indem im Jahre 2010 ein verbindlicher und gemeinsamer Plan zur Übergabe der vollständigen Verantwortung an die afghanischen Partner mit konkreten Zwischenzielen entwickelt wird.

Daher wird die Bundesregierung aufgefordert eine unabhängige Expertenkommission einzuberufen, die das deutsche Engagement analysiert, Misserfolge klar benennt und ihrerseits Konsequenzen für den zivilen Aufbauplan und die Abzugsperspektive vorschlägt. Insbesondere kritisieren die Grünen das skandalöse Taktieren, Vertuschen und Leugnen von Franz-Josef Jung nach dem tragischen Vorfall mit vielen zivilen Opfern und die halbherzige wie beschönigende Afghanistanpolitik der Bundesregierung. Ihr wird vor allem das langjährige Versagen beim Polizeiaufbau, das unzureichende zivile Engagement, dessen mangelhafte Koordinierung und die desaströse Informationspolitik zur Last gelegt.

Die Grünen haben klare Kriterien für eine Verlängerung des ISAF-Mandats. Ein wesentlicher Aspekt ist ein Umdenken in der Strategie: "Nicht mehr die Gegnerbekämpfung, sondern Schutz und Respekt der Bevölkerung sollen im Mittelpunkt des Afghanistanengagements stehen."

Bei diesem Beschluss wurde bei der BDK am emotionalsten diskutiert. So war eine Hauptforderung aus der Friedensbewegung und der Parteilinken heraus, dass ein festes Abzugsdatum in den Beschluss aufgenommen wird. In einer mitreißenden aber auch fachlich kompetenten Rede von Winfried Nachtwei - einem anerkannten Afghanistan-Experten - fegte er diese Forderungen regelrecht hinweg, indem er die Nachteile eines überhasteten Abzugs darstellte. Er konnte die Bedeutsamkeit einer gesicherten Übergabe insbesondere für die einheimischen Aufbauhelfer genauestens beschreiben, da er selbst vor kurzem wieder einmal vor Ort war.

Anschließend wurde er mit minutenlangen Ovationen gefeiert. Ein hervorragender und engagierter grüner Politiker tritt ab - er wird in der kommenden Legislaturperiode auf eigenen Wunsch nicht mehr dem Bundestag angehören...